

FPÖ/Gradauer/Budget/Bundesrechnungsabschluss/Nationalrat

Gradauer: Bundesrechnungsabschluss 2009 zeigt Ausmaß der Budgetmisere auf

Utl.: Die FPÖ fordert eine rein ausgabenseitige Konsolidierung des Staatshaushalts

Wien (OTS) - Der Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2009 zeige einmal die Budgetmisere auf. "Die Neuverschuldung des Bundes betrug 2009 9,6 Mrd. Euro und steigerte die Gesamtverschuldung auf 194,3 Mrd. Euro. Das macht für jeden Österreicher, vom Baby bis zum Greis, 23.157 Euro Staatsschulden", so der freiheitliche Budgetsprecher NAbg. Alois Gradauer in der heutigen Plenardebatte.

Auch die Länder tragen zu diesem schlechten Ergebnis bei. Fast zwei Mrd. Euro Defizit haben uns die Bundesländer gesamt 2009 beschert. 2008 war der Abschluss der Länder noch mit 357 Mio. Euro im plus" so Gradauer. Der Staatsschuldenausschuss verweise besonders auf das explodierende Defizit der Steiermark und auf die enorm hohen außerbudgetären Schulden in Niederösterreich.

"Ein weiterer Sündenfall ist nach wie vor die ÖBB. 2009 pumpte der Bund 6,5 Mrd. Euro in den ÖBB Konzern. Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter bei der Bahn liegt bei 52,5 Jahre. Die Personalkosten verschlingen jährlich 2,32 Mrd. Euro. Das Sonderpensionsrecht der ÖBB kostet den Bund bis 2056 kumuliert zusätzlich 2,2 Mrd. Euro. Diese Privilegien sind unfair und unsozial gegenüber der Allgemeinheit. Die ÖBB Mitarbeiter haben sich in die ASVG Rahmenbedingungen einzuklinken. Das gleiche gilt auch für die Landesbediensteten", mahnt der freiheitliche Budgetsprecher.

"Die FPÖ fordert eine rein ausgabenseitige Konsolidierung des Staatshaushalts. Das ist möglich, sagen auch die Experten der **Wirtschaftsforschungsinstitute**. Neue Belastungen für die Bevölkerung würden zum Sinken der Inlandsnachfrage führen. Die Abgabenquote hat in Österreich ohnehin schon einen Rekordwert von 42,7 Prozent des BIB erreicht", so Gradauer.

Gradauer fordert die Regierung zum wiederholten Mal auf, endlich die Reformvorschläge des Rechnungshofes für Einsparungen umzusetzen. "Große Einsparungsmöglichkeiten schlummern im Bereich der Subventionen, in der Verwaltungsreform und in der Neuordnung des Gesundheitsbereichs", so Gradauer. "Im Subventionswesen ist Österreich Europameister. Pro Jahr werden in diesem Bereich 15,6 Mrd. Euro ausgegeben, das sind 5,6 Prozent des BIP.

Der EU-Durchschnitt liegt bei nur 2,6 Prozent. Eine Reduktion der Subventionen auf EU-Schnitt würde langfristige Einsparungen von acht Mrd. bringen. Kurzfristig sind hier 900 Mio. einzusparen", zeigt Gradauer auf.

Kurzfristig mögliche Maßnahmen bei einer Verwaltungsreform bringen nach Berechnungen des Rechnungshofes ein Einsparungsvolumen von 1,1 Mrd. Euro. Langfristig sind bis zu drei Mrd. Euro zu heben. "Die längst überfällige Neuordnung des Gesundheitsbereichs hat kurzfristig einen Einsparungseffekt von ca. 300 Millionen Euro. Langfristig wären fast drei Mrd. Euro einzusparen, ohne die Qualität der Versorgung zu verschlechtern. Der Abbau von Pensionsprivilegien etwa bei ÖBB und Nationalbank bringt kurzfristig 600 Mio. Euro und ist überfällig. In Summe ergeben alleine diese Maßnahmen ein kurzfristiges Einsparungsvolumen von knapp drei Mrd. Euro. Langfristig sind hier sogar 14 Mrd. Euro einzusparen. Neue Steuerbelastungen sind also wirklich nicht notwendig", so der freiheitliche Budgetsprecher abschließend.

Rückfragehinweis:

~

Freiheitlicher Parlamentsklub
Tel.: 01/ 40 110 - 7012
<mailto:presse-parlamentsklub@fpoe.at>

<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>
<http://www.fpoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0181 2010-10-20/13:38

201338 Okt 10

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel.++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at